

Für tiefere Notariatstarife

Preisüberwacher kritisiert Genf, Waadt, Wallis, Bern und Jura

fon. Bern · Die Notariatstarife gewisser Kantone sind dem Preisüberwacher schon seit langem ein Dorn im Auge. Trotz wiederholten Empfehlungen an die Adresse der betreffenden Kantone, ihre Gebühren für notarielle Leistungen zu senken, ist die Situation nach wie vor nicht befriedigend. Zwar konnten in den letzten Jahren einige Erfolge verbucht werden. So haben etwa Zürich, Neuenburg und Aargau die Notariatsgebühren angepasst. Andere Kantone hingegen sind dem Aufruf des Preisüberwachers, ihre Tarifordnungen zu überdenken, nicht gefolgt.

Im Visier von Preisüberwacher Stefan Meierhans stehen vor allem die Kantone Genf, Waadt, Wallis, Bern und Jura, die alle ein freiberufliches Notariat haben (wo also Private als Urkundspersonen fungieren). Sie schwingen mit ihren Tarifen teilweise kräftig obenaus – im Vergleich zu Kantonen mit Amtsnotariaten, aber auch zu solchen mit ebenfalls freiem Notariat. Das hat eine Vergleichsstudie aus dem Jahr 2007 über standardisierte notarielle Rechtsakte gezeigt. Für die Kunden ist es dabei nicht immer möglich, für die von ihnen benötigte öffentliche Beurkundung in einen günstigeren Kanton auszuweichen, namentlich nicht bei Grundstücksgeschäften. Es findet also kein Preiswettbewerb statt.

Bei der Präsentation seines Jahresberichts 2012 am Freitag wiederholte

Meierhans seinen Aufruf an die erwähnten fünf Kantone, ihre Tarife zu senken. Dringlichen Handlungsbedarf sieht er vor allem in der Genferseeregion, und zwar wegen der stark gestiegenen Immobilienpreise. Denn aufgrund der proportionalen Bemessung der Gebühren für Immobiliengeschäfte bringt ein höherer Liegenschaftspreis den Notaren automatisch mehr Geld. In seinem Jahresbericht führt der Preisüberwacher das Beispiel eines waadtländischen Notars auf, der für den Verkauf einer Wohnung im Jahr 2012 um über 23 Prozent höhere Gebühren kassieren konnte als noch 2008. Eine solche Erhöhung sei ungerechtfertigt, hier brauche es eine umgehende Tarifkorrektur. Ob diesen Worten in den betreffenden Kantonen Taten folgen werden, ist allerdings ungewiss. Dem Preisüberwacher stehen keine Mittel zur Verfügung, um seine Forderung nach tieferen Tarifen durchzusetzen.

Im laufenden Jahr will sich Meierhans auf Kostentreiber für die Industrie und das Gewerbe konzentrieren. Dazu gehören die Preise für die Energie- oder Wasserversorgung und die Tarife für Post und Kommunikation. Meierhans forderte, dass das Parlament bei Investitionsentscheiden vermehrt die Folgekosten im Auge behält, namentlich beim öffentlichen Verkehr. Sonst drohten überproportionale Preiserhöhungen für die Billette.

Aus "Neue Zürcher Zeitung" vom 2. März 2013